Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 72.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 51 | Hamburg, den 17. Dezember 1920 | 5. Jahrg.

Die Lage

In diesen Wochen beginnen die Verhandlungen der Sachverständigen und der Minister über die Entschädigungspflichten aus dem Versailler Vertrage. Diese Verhandlungen sollen den vagen und übereilten Formulierungen der Vertragsparagraphen einen sinnvollen Inhalt und einen sichtbaren Umriß geben, sie sollen die Größenordnung, die Voraussetzungen und das Verfahren der deutschen Zahlungen klären und damit nicht nur der deutschen, sondern vor allem auch der französischen Finanz- und Wirtschaftspolitik die Grundlage bereiten, ohne die beide Länder weder leben noch sterben können. In Deutschland werden die Konferenzen in bitterem und müdem Ernst erwartet. Wenn hier und dort die Hoffnung auf einen Rest von Vernunft bei den Vertragsgegnern noch unter dichten Lagen der Enttäuschung und Erschöpfung weiterglimmt, so gründet sie sich vor allem auf das Fortschreiten der internationalen Wirtschaftskrisis, die nicht allein durch die deutschen Zustände hervorgerufen ist, aber auch ohne die Besserung der deutschen Wirtschaftslage nicht behoben werden kann.

Die Ursachen dieser internationalen Krisis, deren Ausdehnung noch fortschreitet, sind auf wenige Formeln zu bringen: Die Kaufkraft Europas ist erschöpft, die Rohstoffländer sehen sich durch den Tiefstand der Auslandsvaluten gegen ihren Willen mit einem Exportzoll umgeben; das Aufhören der Inflation und die Steigerung der Warenproduktion in den angelsächsischen Ländern haben Preissenkungen notwendig gemacht, die nur zögernd vollzogen werden; die erschütterte Erde bebt noch immer, und es ist nicht einmal sicher, ob die Mittelmächte in diesem Augenblick als der Ort der größten Gefahr für die Stetigkeit von Staat und Wirtschaft gelten können. Ein so ungeheurer Komplex von Problemen wird nicht mit irgendeinem Zauberspruch beschworen werden können.

Doch wäre schon viel gewonnen, wenn man sich darüber einigte, was in keinem Fall geschehen darf, ohne die Heilung der Krisis weiter hinauszuschieben: jeder Versuch nämlich, die Leistungen Deutschlands so zu bemessen, daß eine weitere Steigerung der Inflation notwendig wird. Dauert dieser Prozeß an, so wird Deutschland eines Tages als Käufer auf dem Weltmarkt völlig ausgeschaltet sein, die Not wird die geschwächten Pfeiler der Ordnung ganz zerbrechen, und das staatliche Vakuum, das durch einen zweiten Zusammenbruch von größerer Dimension entsteht, wird für die angrenzenden Länder ein furchtbarerer Schrecken sein als das alte Preußentum. Die Absatzkrisis der Rohstoffländer wird aber so lange an Intensität zunehmen, daß die Einschränkung der Rohstofferzeugung als der einzige Ausweg aus der unmöglichen Lage scheinen wird — obwohl sie die Krisis nur verschlimmern kann.

Es wird schon heute für das Ausland nicht leicht sein, unter der Oberflächenschicht von Reiseerfahrungen und Zeitungsmeldungen den Prozeß zu erkennen, der sich in Deutschland vollzieht. Als der Krieg ausbrach, waren zwei Milliarden Mark Banknoten im Umlauf, ebensoviel Gold und halb so viel Silber. Während des Jahres 1920 hat sich der Geldumlauf monatlich um je 2—4 Milliarden ℳ erhöht, also um zwei bis vier Fünftel des ganzen früheren Geldumlaufs, während die Menge der jetzt erzeugten Waren auf einen Bruchteil der früheren gesunken ist. Die leidliche Stetigkeit, die auf den ersten Blick auch heute noch dem Gang der deutschen Wirtschaft trotz dieser wachsenden Unterspülung ihrer Grundmauern zu eignen scheint, ist in Wirklichkeit ein Zeichen des Siechtums selbst: nur ein kranker Körper kann solche Giftmengen ertragen, ein todkranker muß sie fordern, ohne Unerträgliches zu dulden.

Als der Waffenstillstand geschlossen wurde, waren von der Reichsbank an Noten ausgegeben 17,7 Milliarden ℳ, vom Reich an Darlehnskassenscheinen 9,7 Milliarden ℳ, zusammen also 27,4 Milliarden. In den beiden nächsten Jahren ergab sich folgendes Bild:

Durchschnittlicher Umlauf an	November 1918	1919	1920
Reichsbanknoten	17,7	31,4	63,4
Darlehnskassenscheinen	9,7	12,1	12,6
Zusammen	27,4	43,5	76,0
Steigerung gegen das Vorjahr		58,5 %	74,7 %

Es fehlt also nicht viel, daß Deutschland den Betrag seiner umlaufenden Zahlungsmittel in zwei Jahren verdreifacht hätte. Allein innerhalb des letzten Jahres ist eine Vermehrung um fast drei Viertel gegen das Vorjahr zu bemerken, während die Vermehrung dieses Vorjahrs noch wenig mehr als die Hälfte des Anfangsstandes betragen hatte. Geht die Bewegung im gleichen Tempo weiter, so wird man im nächsten Jahr mit einer Verdopplung der heute umlaufenden Geldmenge im Laufe eines einzigen Jahres rechnen können.

Es ist nötig, die düsteren, eintönigen Zahlenreihen sich noch einmal zu vergegenwärtigen. Die Reichsbankausweise zeigen nur den wöchentlichen Stand, der innerhalb der einzelnen Monate regelmäßigen und unregelmäßigen Oscillationen unterliegt, die die Vergleichung erschweren; wir haben daher in folgendem die monatlichen Durchschnitte für die wichtigsten Posten der Reichsbankausweise von November 1918 bis Oktober 1920 zusammengestellt: Goldbestand, Wechsel, Notenumlauf, Darlehnskassenschein-Umlauf und die Summen beider (in Mill. ℳ):

	Gold			Wechsel			Noten			Darlehnskassenscheine			Summe von Noten und Darlehnskassenscheinen		
	1918	1919	1920	1918	1919	1920	1918	1919	1920	1918	1919	1920	1918	1919	1920
Januar ...	—	2 257	1 090	—	26 806	36 099	—	22 979	36 186	—	10 082	13 054	—	33 061	49 240
Februar ..	—	2 249	1 091	—	26 257	37 758	—	23 819	39 330	—	10 362	12 690	—	34 281	52 02$_2$
März	—	2 147	1 091	—	28 206	41 406	—	24 648	43 167	—	10 735	13 029	—	35 383	56 19$_0$
April	—	1 873	1 092	—	29 463	41 111	—	25 967	46 373	—	11 090	13 740	—	37 057	60 11$_6$
Mai	—	1 629	1 092	—	28 073	40 611	—	27 303	49 116	—	11 014	13 667	—	38 317	62 78$_3$
Juni	—	1 172	1 092	—	29 647	41 987	—	28 642	51 772	—	11 540	13 455	—	40 182	65 22$_3$
Juli	—	1 112	1 092	—	29 693	42 875	—	29 507	54 411	—	11 911	13 352	—	41 418	67 76$_7$
August ...	—	1 126	1 092	—	29 601	43 638	—	28 539	56 894	—	11 694	13 208	—	40 233	70 10$_3$
September	—	1 099	1 092	—	30 309	49 127	—	28 805	59 670	—	11 640	13 192	—	40 445	72 86$_2$
Oktober ..	—	1 095	1 092	—	31 836	50 535	—	30 250	62 467	—	11 673	13 121	—	41 923	75 58$_2$
November	2 429	1 091	1 092	20 917	33 180	—	17 731	31 373	—	9 674	12 092	—	27 405	43 465	— 8
Dezember	2 284	1 090	—	24 576	35 934	—	20 623	33 790	—	10 041	13 521	—	30 664	47 311	—

Die monatliche Zunahme des Banknoten- und Darlehnskassenschein-Umlaufs wird in folgender Tabelle in Durchschnitten dargestellt:

Banknoten- und Darlehnskassenscheine

	1918	1919	1920
Januar	—	+ 2 397	+ 1 929
Februar	—	+ 1 220	+ 2 780
März	—	+ 1 102	+ 4 176
April	—	+ 1 674	+ 3 917
Mai	—	+ 1 260	+ 2 670
Juni	—	+ 1 865	+ 2 444
Juli	—	+ 1 236	+ 2 536
August	—	— 1 185	+ 2 339
September ...	—	+ 212	+ 2 760
Oktober	—	+ 1 478	+ 2 726
November ...	—	+ 1 542	—
Dezember ...	+ 3 259	+ 3 846	—

Das vor dem Kriege zu beobachtende periodische An- und Abschwellen des Zahlungsmittel-Umlaufs innerhalb der Jahre ist kaum noch zu beobachten. Nur ein Anwachsen am Ende des Kalenderjahres ist noch erkennbar; doch ist es bezeichnend, daß die Beanspruchung der Notenpresse schon im März 1920 größer war als im Dezember 1919: der Rhythmus des Fiskaljahres hat sich hier stärker erwiesen als der Rhythmus des Kalenderjahres ... Ein Rückgang des Umlaufs war nur einmal, im August 1919, festzustellen; doch war schon über nächsten Monat der Stand vom Juli 1919 überschritten.

Vergleicht man den „Wechselbestand" der Reichsbank, in dem heute der wichtigste Inflationserreger zu suchen ist, mit dem Geldumlauf, so ergibt sich folgendes Bild (in Mill. ℳ):

	November		
	1918	1919	1920
Wechsel	20,9	33,2	51,9
Noten	17,7	31,4	63,4
Noten und Darlehnskassenscheine ..	27,4	43,5	76,0

Hiernach wäre die Beanspruchung der Reichsbank durch das Reich im November 1920 um rund 150 % größer gewesen als im November 1918; der Umlauf der Noten aber um rund 250 %, der Umlauf der Noten und Darlehnskassenscheine um fast 200 %. In der gleichen Zeit haben sich die von den Darlehnskassen gewährten Kredite nur von rund 15 auf rund 34 Milliarden, um etwas mehr als 100 % vermehrt. Die Steigerung des Geldumlaufs in diesem Zeitraum ist also erheblich größer als die Vermehrung der inflationserregenden Kredite. Die Abweichung wird zum Teil durch die Erwerbung ausländischer Guthaben, zum Teil durch Abziehung von Giralguthaben verursacht sein. Die „Sonstigen Aktiven", die jene ausländischen Guthaben enthalten, betrugen am 23. November 1920 10,4 Milliarden gegen 2,2 Milliarden am gleichen Ausweistag des Jahres 1918. Die „täglich fälligen Verbindlichkeiten" hatten sich nur um 10,2 auf 13,1 Milliarden ℳ (15 Milliarden im Durchschnitt November 1920) erhöht; es hat sich also die Zusammensetzung des deutschen Zahlungsmittelbestandes, soweit die Reichsbank in Frage kommt, sehr zuungunsten der giralen Zahlungsmittel verändert.

Im übrigen ist immer wieder darauf zu verweisen, daß kein richtiges Bild von dem Zustand unseres Geldwesens entworfen werden kann, solange nicht die Reichsbank sich entschließt, die Reichsschatzwechsel gesondert von den Bank-, Industrie- und Handelswechseln auszuweisen und zwischen staatlichen und privaten Guthaben zu unterscheiden. Auch ist zu bedenken, daß auch in dem „Wechselbestand" Auslandswechsel enthalten sein können. Die Reichsbankausweise enthalten bisher keine getrennten Angaben über Auslandswechsel und Auslandsguthaben. Die Reichsbank hat befürchtet, daß ihre valutarische Politik durch ein Bekanntwerden ihrer Kursregelungsreserven beeinträchtigt werden könnte. Da aber diese Reserven keine andere Funktion zu erfüllen haben als der Goldbestand, auf dessen Ausweis bisher niemand hat verzichten wollen, kann dies Argument nicht als schlüssig betrachtet werden. Der Reichsbankausweis wäre aber nicht nur richtiger, sondern er würde sich auch vorteilhafter für das Reich und die deutsche Währung darstellen, wenn nicht mehr als Belastung ausgewiesen würde, was in Wirklichkeit eine Kraftreserve der Anstalt bedeutet.

Wieviel von den ausgegebenen Marknoten in den deutschen Geldumlauf eingegangen und dort verblieben ist, läßt sich kaum schätzen. Der Präsident des Reichsbankdirektoriums hat im Steuerausschuß des Reichstags erklärt, von den rund 75 Milliarden Banknoten und Darlehnskassenscheinen würden sich etwa 20 Milliarden im Ausland befinden, etwa 10 Milliarden könnten als gehamstert gelten. Auf welchen Grundlagen diese Schätzung ruht, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Es wäre dankenswert, wenn sich die Reichsbank entschlösse, hierüber eine Darlegung zu veröffentlichen.

Trifft die Schätzung das Rechte, so würden 45 Milliarden für den Geldumlauf innerhalb Deutschlands verbleiben — gegen rund 5 Milliarden vor dem Kriege, also das Neunfache. Da die Preise durchschnittlich um etwa das Zehnfache gestiegen sind, scheint eine Entsprechung von Preisniveau und Geldmenge auf den ersten Blick gegeben. Man wird sich aber hüten müssen, die zahlenmäßige Entsprechung für den Beweis eines sachlichen Zusammenhangs zu halten, vielmehr wird man neben der Veränderung der Geldmenge auch die Veränderungen des Warenumsatzes und der Zahlungssitten in Betracht ziehen müssen. Diese Veränderungen aber sind nicht zahlenmäßig faßbar, und es läßt sich kaum sagen, ob die Verringerung der Warenproduktion im Deutschland von 1920, verglichen mit dem Deutschland von 1913, (die einen geringeren Geldumlauf notwendig machen würde), in ihren Wirkungen aufgehoben wird durch den Übergang von der Gewährung langer Kreditfristen zum Überwiegen der Barzahlung, der im Gegensinne wirkt.

Sind es Erwägungen dieser Art gewesen, die den Reichsbankpräsidenten zu der Annahme bewogen haben, daß der gegenwärtigen „Geldentwertung" nur ein Geldumlauf von 30 Milliarden entspreche? Der Bericht, der über die

Sitzung des Steuerausschusses ausgegeben wurde, läßt es nicht erkennen. Ganz und gar unverständlich ist es aber, wie die Ansicht begründet werden soll, daß die „überschießenden" 15 Milliarden „die Inflation" darstellten, während jene 30 Milliarden durch die „Geldentwertung" gerechtfertigt seien. Diese „Geldentwertung" (richtiger: durchschnittliche Preissteigerung) ist doch eine Folge der Inflation, und die ganzen ausgegebenen und noch umlaufenden 45 Milliarden sind es, die das heutige Preisniveau bestimmt haben. Wenn die Preisstatistik der Reichsbank nicht mit ihrer Umlaufsschätzung zusammenstimmt, so kann die Ursache nicht darin liegen, daß nur ein Teil des Umlaufs „die Preise" bestimmt hat, sondern daß außer jenen Faktoren noch andere im Spiel sind, die der statistischen Erfassung schwer zugänglich sind. Der theoretische Fehler, der hier begangen zu sein scheint, hat sehr gewichtige faktische Folgen denn es scheint, daß die Reichsbank nicht zum wenigsten auf ihn gestützt, die „Absaugung" jener 20 Milliarden fordert, die durch Reichsnotopfer und Zwangsanleihe eingebracht werden sollen.

Kurt Singer

Die Kapitalnot der Industrie

Es ist kaum erlaubt, aus der bestehenden Erwerbslosigkeit auf eine Kapitalnot der Industrie zu schließen. Andere Ursachen wie die Absatzstockung und Kohlenmangel sind in erster Linie für die Erwerbslosigkeit verantwortlich zu machen. Anderseits kann nicht mehr geleugnet werden, daß eine Kapitalnot in der Industrie vorhanden ist.

Zwar sind nicht alle Industriezweige von ihr betroffen, und das Maß des Kapitalbedarfs ist bei den kreditbedürftigen Industrien wiederum verschieden groß. Einige Gründe von allgemeiner Bedeutung, die die Werke zwingen, neues Kapital zu leihen, können aber immerhin namhaft gemacht werden.

Während des Krieges hatte sich die Barzahlung eingebürgert. An ihre Stelle ist neuerdings wieder eine weitgehende Kreditwirtschaft getreten. Die Absatzstockung hat dazu geführt, daß längere Zahlungsziele gewährt werden müssen. Dadurch wurden die Betriebsmittel stark in Anspruch genommen. Bis zum Frühjahr dagegen waren Vorauszahlungen eines Teils des Kaufbetrags gang und gäbe, wodurch die Betriebsmittel erhöht wurden. Am stärksten ist der Kapitalbedarf in den Industriezweigen, die auf den Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten angewiesen sind. Die Rohstoffvorräte erfordern gewaltige Summen. Besonders die Unternehmungen, bei denen der Weg bis zur Fertigstellung und Ablieferung lang ist, müssen große Beträge investieren. Die Betriebs- und Handlungsunkosten sind derartig angewachsen, daß bei vielen Unternehmungen das Betriebskapital wesentlich überschritten wird.

Verhältnismäßig günstig stehen eine Reihe der großen schwerindustriellen Werke da. Der Bericht der Laurahütte für das letzte Geschäftsjahr erwähnt zum Beispiel: „Die aus dem Verkauf der Erzeugnisse der Gruben und Hütten an Fremde erzielte Bareinnahme betrug im Berichtsjahre ein Mehrfaches der entsprechenden Summe des Vorjahres, und wenn ihr auch Betriebsausgaben in entsprechender Höhe gegenüberstanden, so wurde doch allmählich eine Erstarkung der flüssigen Mittel erreicht, die in einem den einstweilen übersehbaren Anforderungen der nächsten Zeit angemessenen Bankguthaben ihren Ausdruck findet." Dem „Phönix" gelang es, seine schwedische Erzschuld in Höhe von 190 Mill. ℳ gänzlich abzubürden.

In schwieriger Lage sind vor allem die weiterverarbeitenden Industrien wie die Maschinenfabriken. Sie leiden an Absatzmangel für ihre Erzeugnisse. Viele Werke haben sich genötigt gesehen, erhebliche Preisnachlässe zu gewähren. So hat eine der größten Maschinenfabriken des Westens die Preise um 20% senken müssen. Die Verkaufspreise einer großen Kesselfabrik sind von April bis August 1920 um etwa 12% zurückgegangen, während gleichzeitig die Betriebsunkosten um etwa 5% gestiegen sind. Eine Maschinenfabrik, die hauptsächlich die Herstellung von Kraftmaschinen betreibt, hat die Preise um 20—40% herabgesetzt, auch danach aber nicht genügend Aufträge erhalten. Eine Aktiengesellschaft, die vornehmlich Eisenbahnmaterial herstellt, hatte dem Eisenbahnzentralamt eine Preisermäßigung von 20% eingeräumt, und selbst dies ohne Erfolg auf die Entschließung der Staatsbehörde. Bei einer größeren Gesellschaft belief sich der Auftragseingang, wenn man den durchschnittlichen Auftragsbestand des Friedensjahres 1913 mit 1 annimmt, im Januar 1920 auf das 2,08fache, im Mai 1920 auf das 0,9fache und im August 1920 nur noch auf das 0,2fache. (Nach der „Deutschen Bergwerkszeitung", Nr. 248 vom 21. 10. 20.)

Anderseits erfolgen seitens der Stahlindustrie die rückständigen Lieferungen von Eisenteilen, Stabeisen usw. seit dem Augenblick mit großer Promptheit, wo die Eisenkonjunktur den Umschwung nahm. Das bedeutet die Festlegung weiterer großer Summen auf Lager und eine noch stärkere finanzielle Anspannung. Die Waggonfabriken haben sich mit Holz auf mehrere Jahre eingedeckt und zum Teil sehr hohe Preise dafür angelegt. Der Fabrikationsgang aber ist sehr lang, der Absatz stockend, und so fehlt es an Betriebsmitteln. Bei der Görlitzer Waggonfabrik A.-G. sind die Kosten für Materialien und halbfertige Erzeugnisse nach dem letztjährigen Geschäftsbericht auf 74,83 Mill. ℳ angewachsen, gegenüber jetzt 12 Mill. ℳ Aktienkapital; bei Fuchs-Heidelberg auf 34,74 gegenüber 9,25 Mill. ℳ Grundkapital. Fortdauernd nahmen die Fabriken den Aktien- und Obligationenmarkt in Anspruch. Außerdem sind sie bei ihrem wichtigsten Auftraggeber, dem Eisenbahnzentralamt, vorstellig geworden, um die Gewährung von Anzahlungen zu erreichen. Die Wünsche der Industrie gehen überhaupt dahin, von den Vergebungsstellen der Reichs- und Staatsbetriebe sowie den Verwaltungsbehörden eine schnellere Zahlung zu erlangen als sie bisher auf Grund zum Teil veralteter Bestimmungen erfolgt.

Ähnlich wie in der Maschinenindustrie und im Waggonbau liegen die Verhältnisse in anderen Industriezweigen. Die Schuh- und Lederindustrie hat nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung zunächst erhebliche Gewinne gebracht. Die Preise stiegen fortgesetzt, und das private Leihkapital fand daher hier lohnende Möglichkeiten. Als aber die Konsumkraft nachließ und die Preise zurückgingen, wendete sich das Leihkapital anderen besser rentierenden Gebieten zu. In der Holzwirtschaft, namentlich der Möbelindustrie, war die Entwicklung nicht anders.

Verschiedene Wege sind zur Behebung der Kapitalnot eingeschlagen worden. A. E. G., Continental-Caoutschouk, Scheidemandel und andere fanden Hilfe im Ausland. Oder es erfolgte Umstellung auf Lohnarbeit unter Beistand internationaler Bankkonzerne. Durch Betriebseinschränkungen suchte man den Kapitalbedarf herabzudrücken. Durch Fusionen und Interessengemeinschaften war es namentlich der Großindustrie möglich, eine Verbilligung des Betriebes herbeizuführen, wenn diese Transaktionen auch zunächst vielfach wieder Kapitalbedarf hervorriefen. Die Ausgabe von neuen Aktien und von Industrieobligationen endlich hat einen gewaltigen Umfang angenommen.

Mit Recht betont Professor Prion, daß die Mengen neuen Kapitals, die heute den Betrieben zugeführt werden,

nicht dazu bestimmt sind, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und Vermehrung der Güter herbeizuführen, wenn man von den wenigen Fällen wirklicher Neuanlagen, Erweiterungen, und Verbesserungen absieht. Vielmehr handelt es sich darum, den Betrieb günstigenfalls auf der alten Leistungshöhe zu halten oder ihn wieder dahin zu bringen. Die durch die Geldentwertung gerissene Lücke im Betriebskapital wird ausgefüllt.

Prion sucht so auch die Regellosigkeit bei der Beschaffung des neuen Kapitals zu erklären. Weil es sich nur um eine Anpassung an die Geldentwertung handle, Umfang, Entwicklung und Ende derselben aber nicht abzusehen sei, fehle jeder Maßstab für die Höhe der neu aufzunehmenden Mittel: „Zuerst eine Verdoppelung des Aktienkapitals, nach einiger Zeit wieder eine Erhöhung um einen xbeliebigen Betrag, dann Obligationenausgabe, inzwischen neue Lieferanten- und Bankkredite. Sollen diese abgelöst werden? Oder ist es richtig, über die Kredite hinaus noch neues Kapital heranzuziehen? Diese Fragen hören einstweilen nicht auf." Angesichts solcher Umstände empfiehlt Prion Vorsicht und tadelt, daß diese im allgemeinen in der Finanzierungspolitik nicht zum Ausdruck komme: „Trotz der hohen Kurse ihrer Aktien befolgen die Gesellschaften die Regel, die jungen Aktien zu pari (oder wenig darüber) auszugeben. Sie verzichten auf die Ausnützung des hohen Agios und nehmen in vollem Umfange dividenden- oder zinsenberechtigtes Kapital auf. Dieselbe Gütermenge muß auch diese neuen Lasten aufbringen, die Tendenz der Preissteigerung wird verstärkt . . . Vielleicht treibt hier das Wort von der Kapitalverwässerung seinen Spuk: man will entsprechend der hohen Gelderfordernisse des Betriebes kein niedriges Eigenkapital aufweisen oder man hat gar Angst vor den hohen „Überschüssen", die Aufsehen erregen könnten . . . Richtig ist, daß dem allgemein gestiegenen Risiko des Geschäftsbetriebes größere eigene Mittel gegenübergestellt werden müssen; jedoch brauchen diese eigenen Mittel nicht unbedingt Aktienkapital zu sein, sondern sie können auch in Reserven bestehen, die aus den „hohen Gewinnen" oder aus dem Agio bei der Ausgabe von jungen Aktien gebildet werden." (Prion, Finanzierung und Bilanz unter dem Einfluß der Geldentwertung. Berlin, bei Julius Springer.)

Seit Kriegsende sind in der Industrie gewaltige Summen neuen Kapitals angelegt worden. Im Jahre 1913 wurden im Wege von Neugründungen und Kapitalerhöhungen 1146 Mill. ℳ in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. neu investiert. 1914—1916 blieb die entsprechende, auf jedes Jahr entfallende Summe erheblich dahinter zurück. Von 625 Mill. ℳ im Jahre 1916 stieg sie dann auf 1348 Mill. ℳ für 1917 und damit über den Stand von 1913. Im Jahre 1918 wurden weitere 1493 Mill. ℳ, 1919 nicht weniger als 2264 Mill. ℳ in beiden Arten von Erwerbsgesellschaften neu angelegt. Den Rekord aber schlug das Jahr 1920 mit 6011 Mill. ℳ im 1.—3. Vierteljahr einschließlich. Von 1914/1918 wurden nur 5089 Mill. ℳ neu investiert, in sämtlichen Kriegsjahren einschließlich des ersten Halbjahrs 1914 mithin ungefähr ein Sechstel weniger als in den ersten drei Quartalen des einen Jahres 1920! Im Oktober 1920 waren es 859 Mill. ℳ. Nur die Geldentwertung macht es erklärlich, daß trotz solcher gewaltigen Summen Kapitalnot besteht.

Vor allem fehlt Geld für die Zwecke des Wiederaufbaus und die Instandsetzung der Werke, für die Überwindung der verheerenden Wirkung, die der im Kriege geübte Raubbau gezeitigt hat. Wie der Staatssekretär Hirsch im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages betonte, kann schon bei einem einzelnen Industriezweig, wie der Bauindustrie, deren Wiederbelebung unerläßlich ist, ein so ungeheurer Kapitalbedarf eintreten, daß die Zahlen früherer Kriegsanleihen dagegen als recht unerheblich erscheinen.

Viel von sich reden gemacht hat der Plan einer Reichswirtschaftsbank zur Versorgung der Industrie mit Krediten. Die Gelder für die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge sollten in Verbindung mit den Einlagen der Sparkassen solchem Zwecke dienstbar gemacht werden. Mit Recht hat man auf dem 5. Allgemeinen deutschen Bankiertage dagegen eingewendet, daß die Auslese der kreditbedürftigen Unternehmungen für eine solche Anstalt schwierig sei und daß infolge der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel nur eine weitere Anspannung der Notenpresse und eine ungeheuerliche Steigerung der Kreditinflation eintreten werde. Ganz abwegig sei es, die Reichswirtschaftsbank mit Hilfe der Sparkassengelder zu finanzieren, da Spargelder nicht in Industriekrediten angelegt werden dürften. Es kommt hinzu, daß die Girozentrale bereits seit langem für andere wichtige Aufgaben vorgesehen ist wie die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf Grund der kommunalen Zahlungen an die Kriegerfamilien und der Reichsnotopferpfandbriefe. Die Girozentralen müssen imstande sein, als Geldgeber der Gemeinden weiter in Tätigkeit zu bleiben. Auch der Plan, die Aufnahme von Auslandskrediten durch Solidarhaftung der Industrie zu erleichtern, wurde auf dem Bankiertage als undurchführbar bezeichnet.

Neuerdings sind diese Projekte auch durch eine Denkschrift der Reichsbank abgelehnt worden. Die Reichsbank betont darin, es müsse vermieden werden, zur Deckung von Kapitalbedarf, erst neue Mittel zu schaffen. Das sei schon deshalb nicht nötig, weil das gehamsterte Papiergeld, das aus Angst vor der Besteuerung seiner Geldfunktion entzogen worden sei, sich auf nicht weniger als 10 Milliarden ℳ belaufe. Es gelte, diese Summe frei zu machen, sie dem Verkehr wieder zuzuführen. Die scharfe Steuergesetzgebung habe zur Folge gehabt, daß selbst die Wirkung des Zinsertrages in großem Umfange einfach ausgeschaltet worden sei. Nach Durchführung der großen Kapitalabgaben sei die Steuergesetzgebung baldigst in dem Sinne zu ändern, daß das Kapital sich wieder frei bewegen könne, ohne auf Schritt und Tritt zu steuerlichen Zwecken verfolgt zu werden. Ferner empfiehlt die Reichsbank stärkere Benutzung des Wechsels als Zahlungsmittel, insbesondere der Dreimonatsakzepte.

Die Darlegungen der Reichsbank über die Wirkung der Steuergesetzgebung verdienen besondere Beachtung, vor allem deshalb, weil die großen Kapitalabgaben bevorstehen. Um die Betriebsmittel der Industrie nicht durch einen radikalen Eingriff zu schmälern, wurde seinerzeit die Entrichtung des Reichsnotopfers auf einen Zeitraum von 30 Jahren verteilt. Nunmehr soll doch eine beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers erfolgen, und auch der Gedanke einer Zwangsanleihe rückt seiner Verwirklichung näher. Dadurch werden alle die alten Bedenken wieder lebendig. Man will nun eine Reichsvermögensbank gründen, deren Aufgabe es sein soll, andere Vermögenswerte als Geld an Zahlungsstatt für die Notopfergabe anzunehmen. Man denkt auch daran, die Zwangsanleihe zu einem beleihbaren Papier zu machen, um es dem Industriellen zu ermöglichen, sich einen Teil des Nominalbetrages der von ihm zu zahlenden Anleihe wieder als Darlehen zu beschaffen.

Pläne, welche darauf hinaus laufen, besondere Anstalten zur Beleihung der Zwangsanleihe ähnlich wie die Darlehnskassen zu schaffen, die dann neue Geldzeichen ähnlich den Darlehnskassenscheinen ausgeben dürften, verdienen natürlich keine ernsthafte Erörterung. Wir brauchen keine Zwangsanleihe, wenn wir die durch sie erstrebte wohltätige Wirkung auf Geldwesen und Finanzen selbst dadurch aufheben, daß wir im gleichen Augenblick neuer Inflation Tür und Tor öffnen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Rußland

Die deutschen Lokomotivenlieferungen — Vanderlips Pachtvertrag — Handelsvertrag des schwedischen Industriesyndikats mit den russischen Genossenschaftsverbänden

„Deutschland und Rußland gehören zusammen", erklärte kürzlich der Außenminister Simons im Reichstage. Diese programmatische Erklärung ist merkwürdig wenig beachtet worden. Man ist zurzeit in Deutschland so präokkupiert mit Tagessorgen, daß man nicht imstande ist, über den Augenblick hinauszusehen — außerdem hat man so viele Illusionen verloren, daß man politischen Weitblick für Träumerei und Phantastik hält. So kommt es, daß die ersten, in fernere Zukunft deutenden, sehr wohl bedachten und bedeutungsschweren Worte des Leiters unserer Außenpolitik einfach überhört worden sind. (Auch im Auslande.) Zum Teil ist dies verständlich, denn es fehlt der öffentlichen Meinung an Möglichkeiten, sich eine baldige Auswirkung dieses Zusammengehörigkeitsgefühls vorzustellen. Was kann uns Rußland jetzt bedeuten? fragt man sich nicht, weil man immer nur an den Bolschewismus und nie an Rußland denkt. Dabei ist tatsächlich — und besonders in wirtschaftlicher Beziehung — die derzeitige Regierungsform in Rußland nur eine temporäre und z. T. sogar sekundäre Erscheinung. Die deutsche und die russische Wirtschaft bedürfen und ergänzen einander, wie die beiden Staaten weltpolitisch aufeinander angewiesen sind. Die erneute Annäherung — politisch im Augenblick nicht gut realisierbar — vollzieht sich bereits auf wirtschaftlichem Gebiet. Wie überhaupt wirtschaftliche Vereinbarungen heute politischen voranzugehen pflegen. Das Hapag-Harriman-Abkommen ist längst perfekt, während unsere politischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten noch ungeklärt sind.

Der große Auftrag an die deutsche Industrie, Lokomotiven auf Rechnung der russischen Regierung zu liefern, soll, wie verlautet, dem Abschluß nahe sein. Die viel beredete Erwerbung großer Konzessionen in Kamtschatka durch Washington E. Vanderlip ist als Tatsache anzusehen. So verschieden diese drei Riesenprojekte auch sind, so liegen sie dennoch auf einer Linie.

Das Projekt der Lieferung deutscher Maschinen an Rußland hat viel von sich reden gemacht — und dazu noch in recht unliebsamer Weise. Man unterhandelt bereits seit dem März dieses Jahres. Zuerst war beabsichtigt, den Auftrag einer Gesellschaft, die aus den deutschen Gewerkschaften hervorging, zu überweisen. Den letzteren standen skandinavische Kredite zur Verfügung und die Besprechungen waren bereits so weit gediehen, daß man beiderseits an ein näheres Ausarbeiten des Lieferungsprojektes heranzutreten beschloß. Da traf der Vertreter des Kommissariats des russischen Eisenbahnwesens Prof. Lomonosow in Berlin ein und vertrat den Standpunkt, daß die Gewerkschaften, selbst bei Unterstützung des Projektes durch den Metallarbeiterverband, kaum in der Lage sein dürften, so großzügige Aufträge übernehmen und ausführen zu können. Prof. Lomonosow wandte sich daher direkt an Krupp, Borsig und die Lokomotivenfabrik Henschel & Co. in Kassel, bei der er 200 Lokomotiven bestellen wollte. Der „Vorwärts" griff darauf den Vertreter der Sowjetregierung aufs heftigste an und sah in der direkten Verhandlung mit der Großindustrie eine Verletzung proletarischer Solidarität usw. Die „Rote Fahne" mischte sich in den Streit und erklärte: Die Gesellschaft, der Legien vorstehe, habe ja doch nur Provisionen verdienen wollen — die Sowjetregierung sei also vollauf berechtigt gewesen, die unnütze Vermittlung abzulehnen. Victor Kopp berichtigte nun die Angaben des „Vorwärts" vom 5. 11., indem er darauf hinwies, daß das Scheitern der Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht auf mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten von seiten der Russen zurückzuführen sei, sondern damit zusammenhänge, daß der neue Preis sich zu dem von den Gewerkschaften genannten verhalte wie 2:3. Bei einem Auftrage von 1000 Lokomotiven bedeute dies einen Unterschied von 1 Milliarde Mark. Außerdem sei die russische Regierung nicht geneigt gewesen eine Provision an die Vermittler zu zahlen. Die russische Regierung könne somit kein Vorwurf treffen, wenn sie nicht mit den Gewerkschaften, sondern der Großindustrie direkt verhandele — denn sie habe bei einem so großen Objekt sich nur nach praktischen Gesichtspunkten zu orientieren und keine idealen Interessen oder dergl. so teuer zu bezahlen. Auf die weiteren Differenzen zwischen den in aller Öffentlichkeit streitenden Parteien weiter einzugehen erübrigt sich. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" erklärte ihrerseits, die deutsche Industrie hätte das größte Interesse am Lokomotiven-Auftrag, der in einer Höhe von 1,8 Milliarden erteilt werden sollte — es sei aber zu befürchten, der Vertrag von Versailles könne die Annahme desselben unmöglich machen. Aus anderen Quellen („Frankft. Zeitung" und „8-Uhr-Abendblatt") wurde bekannt, daß man die Schwierigkeiten, die aus dem Versailler Vertrage für die deutsche Industrie erwachsen könnten, zu beseitigen hoffe. Es handele sich um 2000 Lokomotiven, von denen die Hälfte in einem Jahre zu liefern wäre. Als Preis einer Lokomotive seien 2 Mill. Papiermark in Aussicht genommen. Die Sowjetregierung beabsichtige eine Anzahlung in Gold zu leisten und den Rest in neutralen Staaten zu deponieren. Diese Summen seien zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln zu verwenden, um der Entente keinen Vorwand zu geben, das gezahlte Gold von Deutschland zu beanspruchen.

Nach neueren Mitteilungen scheint nunmehr alle Aussicht vorhanden, daß die deutsche Industrie den Auftrag tatsächlich erhält. Es ist selbstverständlich, daß die russische Regierung sich zuerst über das Vorhandensein der Zahlungsmittel hat ausweisen müssen und Garantien hat bieten können. Der Name und Ruf unserer Großindustrie bürgt für die Vorsicht und Umsicht mit der zu Werke gegangen worden ist. Die große Bedeutung dieses Projektes liegt nicht nur darin, daß Zehntausenden von deutschen Arbeitern damit Arbeitsmöglichkeiten geboten sind — sondern daß man Rußland mit diesen Lieferungen wirklich hilft und dem schwergeprüften Volke das wichtigste Mittel an die Hand gibt, den Wiederaufbau seiner Wirtschaft beginnen zu können. Es ist grundfalsch diese rein praktische Angelegenheit mit dem Problem des Bolschewismus zu verknüpfen. Dem russischen Volke, nicht seiner Regierung, gilt es zu helfen und hierzu gibt es im Augenblick kein anderes Mittel. Von einer „Unterstützung des Bolschewismus", wie in einigen Blättern, besonders russischen, behauptet wurde, kann garnicht die Rede sein. Es ist an der Zeit, endlich einmal Fragen der Wirtschaft rein sachlich, praktisch und nüchtern anzusehen — noch so berechtigte politische Einstellungen und Gefühle haben mit diesen Dingen nichts zu tun. Außerdem ist es mehr als fraglich, ob es überhaupt noch eine Sowjetregierung geben wird, bis die Lokomotiven in Rußland eintreffen. Da die Finanzierung des Auftrages jetzt sichergestellt ist, so können zukünftige Ereignisse die Lieferungen wohl kaum berühren.

Mit gleicher Sachlichkeit ist auch das Unternehmen des amerikanischen Syndikats Vanderlips zu beurteilen. Am 22. 10. ist das Abkommen des Syndikats mit der Sowjetregierung laut Kabelmeldung des Kommissars Tschitscherin, vollzogen worden. Dem Syndikat gehören an Washington E. Vanderlip, Barnt, Harry Chandler, Satory Le Philipps, Fishburn, Edward L. Doheny, Gibbon, Jayne, Whittier, Steward und Braun. Das Syndikat pachtet auf einen Zeitraum von 60 Jahren ein Gebiet östlich des 160. Längengrades im Nordosten Sibiriens einschließlich der Halbinsel Kamtschatka und der dazu gehörigen Insel im Umfange von 400 000 Quadratmeilen. Das Syndikat erwirbt hiermit das ausschließliche Recht der Kohle- und Ölgewinnung und der Fischerei. Es handelt sich um ein nur sehr schwach besiedeltes Gebiet, das viermal so groß ist wie Deutschland. Auf der Halbinsel Kamtschatka befinden sich Petroleumquellen und Salpeterlager von größter Ergiebigkeit, sowie Steinkohlenlager in der Nähe der Küste, die gute Häfen besitzt. Unabsehbare Wälder und ein großer Reichtum von Fischen in den Flüssen wie im Ochotskischen und Berings meer erhöhen den Wert des Landes. Die Pachtung soll mit dem 1. 4. 21 in Kraft treten. Dasselbe Syndikat erwirbt auch ein Pacht- und Kaufrecht auf das Küstengelände in Seattle. Das Syndikat wird Rußlands finanzieller Vertreter in Amerika sein und russische Ankäufe bis zu $ 300 000 000 finanzieren. („The Daily Herald", London 8. 11. 20.).

Da Amerika seit einigen Jahrzehnten im Besitze des früher russischen Alaskagebietes ist, so war eine Pachtung Kamtschatkas naheliegend. Rußland hat es bisher nicht verstanden, die in diesen Gebieten liegenden Reichtümer auszunutzen. Eine Verpachtung kam umsomehr in Frage, als russischerseits auf Jahrzehnte hinaus an eine Ausbeutung der Bodenschätze des Landes ja doch nicht gedacht werden kann. Da die russische Regierung schon seit geraumer Zeit an die Vergebung von wirtschaftlichen Konzessionen gedacht hat, so kann dieser Vertrag niemand erstaunen. Die Amerikaner taten das, was das Klügste ist: sie sicherten sich eine Konzession, die in Rußland nicht als „Ausbeutung" und „Ausverkauf" betrachtet werden kann, — und taten dies zu einem Zeitpunkte, wo die Russen keine großen Forderungen stellen konnten. — Es ist anzunehmen, daß sich das internationale Kapital schon bald noch weitere Konzessionen in Rußland sichern wird, zumal die vom Rate der Volkskommissare ausgearbeiteten Bedingungen große Vorteile bieten. Diese lauten folgendermaßen:

„Den Konzessionären wird ein im Kontrakte bezeichneter Teil des Produzierten zur Verfügung gestellt mit dem Rechte der Ausfuhr desselben ins Ausland.

In den Fällen, wo der Unternehmer technische Verbesserungen in weitem Maßstabe vornimmt, werden den Konzessionären besondere Vorrechte in der Fabrikation von Maschinen, in der Form von besonderen Kontrakten, großen Bestellungen usw., bewilligt.

Entsprechend dem Charakter und den Bedingungen der Unternehmen, werden den Konzessionären langfristige Termine bewilligt, um ihnen ei en möglichst vollen Entgelt des auf sich genommenen Risikos und der von ihnen getragenen Kosten bei der Ausführung der technischen Einrichtungen der ihnen bewilligten Konzessionen sicher zustellen.

Die Regierung der russischen förderativen Sowjetrepublik garantiert, daß das Eigentum der Konzessionäre, welches in diesen Unternehmungen investiert wird, weder einer Nationalisierung, noch einer Konfiskation, noch einer Requisition unterliegt.

Den Konzessionären wird das Recht gegeben, auf dem Territorium der Räterepublik Arbeiter und Angestellte unter Beobachtung der Gesetze, welche die Arbeitsbedingungen regulieren, oder auf Grund besonderer Kontrakte, welche die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen über die Normen der Arbeit, des Lebens, und der Gesundheit der Arbeiter sicherstellen, in ihre Dienste aufzunehmen."

Die Fassung des letzten Paragraphen ist unklar — jedenfalls wird es in jedem Einzelfalle eingehender Verhandlungen mit der Sowjetregierung bedürfen, da auf „gesetzliche Bestimmungen" derselben kein Verlaß denkbar ist. Jedenfalls ist jetzt der Anfang mit der Erwerbung von Konzessionen in Rußland gemacht worden und es ist nur zu hoffen, daß die Konzessionssucher dem Beispiele der Amerikaner nachfolgen werden, d. h. vornehmlich solche erwerben, die die Zukunft der russischen Wirtschaft nicht allzu sehr belasten — was von einer Pachtung der Nordostecke Sibiriens und Kamtschatkas wirklich nicht behauptet werden kann.

Wir und die Russen haben allen Grund dazu, es zu begrüßen, daß gerade ein amerikanisches Unternehmen sich diese Konzession gesichert hat. Eine Neuerstarkung des Ententeeinflusses in Rußland wäre für uns recht unangenehm — Amerikas Interesse an Sibirien berührt unsere zukünftigen Interessen in Rußland jedoch nicht. Im Gegenteil, es kann uns nur erwünscht sein, daß schon bald alles Denkbare für den russischen Wiederaufbau geschieht, da der große Konzern Vanderlips seine Tätigkeit wohl nicht nur auf Nordsibirien beschränken wird. —

Es sei schließlich noch der Handelsvertrag des schwedischen Industriesyndikats mit den genossenschaftlichen Verbänden Rußlands erwähnt. Das schwedische Syndikat setzt sich, nach Angaben des „Überseedienst" Nr. 129—131, aus folgenden Firmen zusammen: Munktells Mek. Verkstäds A. B., Eskilstuna (Lokomotiv- und Maschinenfabrik), Beronius Mek. Verkstad, Eskilstuna (Maschinenfabrik), A. B. Slipmaterial, Västervik (Werkzeug-Maschinenfabrik), Forsbacka Jarnserks A. B. (Eisenwerk), A. B. Stridsberg & Björck, Trollhättan (Maschinenfabrik), A. B. Jordbrukssmiden, Kortfors (landwirtschaftliche Maschinen), A. B. Svenska Motorplogfabriken, Halmstadt (Motorpflugfabrik), A. B. Malcus Holmqvist, Halmstadt (Maschinenfabrik), A. B. Lidköpings Sagbladsfabrik, Lidköping (Sägewerksmaschinen), A. B. Lidköpings Slipskivor, Lidköping (Schleifscheiben), A. B. Jordbrukssmiden Liefabrik, Kristinehamn (Sensenfabrik), A. B. Lomma Slipindustri, Malmö (Werkzeugmaschinen), A. B. Metallmanufaktur, Lidköping und A. B. Klas Törnblom, Eskilstuna (Metallwarenfabrik).

Der Vertrag sieht Warenlieferungen in der Höhe von 100 Mill. Kr in zwei Serien zu 25 Mill. Kr und zu 75 Mill. Kr vor. Aufträge in der Höhe von 25 Mill. Kr sollen spätestens einen Monat nach der Unterzeichnung des Vertrages, für den Rest spätestens nach 14 Monaten gegeben werden. Außerdem sind Einzellieferungen und Einzelverträge mit verschiedenen Firmen des Syndikats in Aussicht genommen. Centrosojus hat sich verpflichtet, 25 Mill. Kr in schwedischer Valuta zu deponieren oder einen Betrag in Gold in gleicher Höhe zu liefern. Das Gold soll von der Nordiska Handelsbanken durch Vermittlung der schwedischen Reichsbank zum Weltmarktspreise verkauft werden. Die erste Goldzahlung ist bereits erfolgt. Über die in der Presse erwähnte Bismutbeimischung im russischen Gold ist mit dem Centrosojus bereits eine Verständigung erzielt worden. Der Vertrag ist also perfekt und die Lieferungen haben begonnen. Damit ist ein weiterer wesentlicher Schritt in der Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland erfolgt

Dr. Hans von Eckardt

Britisch-Indien

Valutasturz und Handelsstockung — Japans Rückschlag und Amerikas Erfolge — Die Industrialisierung Indiens und die englische Industrie

Die Verschiffungen aus Indien sind in den letzten Monaten stark eingeschränkt worden, da die Märkte im Westen für die indischen Landesprodukte nicht im früheren Maße aufnahmefähig waren. Dies wirkte auf den Einfuhrhandel zurück, obgleich dessen Wert stets viel größer als der Ausfuhrhandel gewesen ist. Während der letzten Monate sind Waren so gut wie garnicht eingeführt worden, trotzdem die Verschiffungen regelmäßig von Übersee eingetroffen sind. Infolgedessen ist eine noch nie dagewesene Stauung von Gütern in den Häfen eingetreten, während in den Landdistrikten Vorräte nur im mäßigen Umfange vorhanden sind. Der Valutasturz während der letzten Monate hat zum großen Teil zu der allgemeinen Stockung der Geschäftslage beigetragen. Zum Rupienkurs von 2 s 3 d eingekaufte Waren lassen sich nach einem Kurssturz auf 1 s 8 d nur mit großem Verlust verkaufen. In vielen Fällen führt dies zu Annullierungen von Verträgen, da die Kaufleute nach Möglichkeit ihre Waren bis zu einem besseren Valutastand zurückhalten. Der Kurssturz fast aller Aktien hat gleichfalls zu der Stockung beigetragen.

Die Stockung hat sich bekanntlich über den ganzen Osten von Bombay bis Yokohama ausgedehnt, unter gleichzeitigem Auftreten einer allgemeinen Geldknappheit. Thomas Ainscough, der Senior Trade Commissoner in Indien und Ceylon, glaubt indes, wie er in einem beachtenswerten Bericht an das Londoner Handelsamt ausführt, daß die Baisse in Indien nur eine vorübergehende Erscheinung ist, da Indien eine viel stärkere Position als andere östliche Märkte habe. Die neuesten Berichte aus Indien seien bereits ermutigender, und die in allerdings bescheidenen Grenzen wiedereinsetzenden Käufe für Indien in Manchester gestatteten, mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Der Monsun sei, wenn auch nicht sehr gut, so doch über den Durchschnitt gewesen. Ainscough warnt aber alle europäischen Exporthäuser zur Zeit Güter zu verschicken, die nicht bestimmt abgenommen werden.

Der bedeutende Fortschritt Japans auf dem indischen Markt hat in den letzten Monaten einen schweren Stoß erlitten, da die günstigen Verhältnisse für den Außenhandel infolge der heimischen wirtschaftlichen Krisis sich gänzlich verschoben haben. Dennoch wird Japan auch weiterhin ein weit wichtigerer Faktor im indischen Handel sein als vor dem Kriege. Seine Waren, die in der Hauptsache aus billigen aber augenfälligen Artikeln für den Bazarhandel bestehen, haben die deutschen und österreichischen Artikel ähnlicher Art ersetzt, und wahrscheinlich werden sie weiterhin den Markt beherrschen, da die Herstellungskosten bei den Zentralmächten des Kontinents weiterhin zu steigen scheinen und die in Frage stehenden Artikel der japanischen Industrie besonders liegen.

In der Einfuhr japanischer Baumwollwaren in größerem Umfange sieht Ainscough eine ernste Konkurrenz für England, die später, wenn die Ausdehnung der Anlagen und der Ausbau der Maschinen in Japan weiterhin fortschreitet, in Lancashire sehr fühlbar werden könne. Voraussetzung hierfür ist die Verbilligung der Herstellungskosten. In Japan haben ebenso wie in anderen Ländern die Löhne seit Kriegsbeginn enorm zugenommen. Die Verhältnisse in der Industrie sind indes sowohl in England als auch im Osten noch zu unbeständig, um einen endgültigen Vergleich zwischen den Herstellungskosten für Garn oder andere Artikel in den verschiedenen Ländern machen zu können. Große Konkurrenz bereiten den Engländern auch die japanischen Kaufleute, Banken und Schiffahrtsgesellschaften.

Wie Japan haben auch die Vereinigten Staaten Fortschritte im indischen Handel gemacht. Der wichtige Unterschied ist aber der, daß, während der japanische Handel bedeutend abgenommen hat, seit es wieder möglich geworden ist, Waren aus England zu beziehen, die Vereinigten Staaten ihre größten Fortschritte seit dem Waffenstillstand gemacht haben und nunmehr den zweiten Platz im indischen Handel eingenommen haben. Dieser Erfolg beruht vor allem darauf, daß Amerika feste Preise stellen und seine Preise genau einhalten konnte und zwar schon gleich nach den Tagen des Waffenstillstandes. Insbesondere sicherten sich die Amerikaner die Lieferungen von Stahl und Stahlprodukten, die England wegen des beständigen Steigens der Preise und der Arbeiterwirren nicht übernehmen konnte. Ainscough äußert in seinem Bericht die Überzeugung, daß die amerikanische Konkurrenz vor allem in Eisen, Stahl, Maschinen, Werkzeugen, Eisenwaren, elektrischen Artikeln und Automobilen weiterhin sehr groß sein und vielleicht sogar noch zunehmen wird, und daß in diesem Konkurrenzkampf Indien kaum geneigt sein werde, die englischen Waren aus patriotischen Gründen zu bevorzugen.

Die bedeutendste Umwälzung, die der Krieg in Indien vollzogen hat, ist die fortschreitende Industrialisierung Indiens. Kriegsgewinne, Anhäufung großer Vermögen und Anlage des Kapitalüberflusses in industriellen Unternehmungen kennzeichnen die Kriegsentwicklung in Indien, wie anderwärts. Eine Folge des gewaltigen Aufschwunges war eine teilweise Überkapitalisierung, insbesondere wurden so manche Konzerne gegründet, deren Aussichten nur unter Kriegsbedingungen günstig sein konnten. Im letzten Etatsjahr, das am 31. März 1920 endete, wurden 906 Gesellschaften mit einem Kapital von 183 Mill. £ gegründet. In vielen Fällen erreichten die Aktienkurse sehr hohe Ziffern, bis sie vor kurzem die plötzlich einsetzende Baisse auf einen vernünftigen Stand senkte. Die größte Entwicklung weisen die Industrien der Kohle, Jute, Baumwolle, technischen Artikel und Motoren auf.

In seinem Bericht meint der englische Trade Commissioner Ainscough, daß diese Entwicklung der einheimischen indischen Industrie für die Zukunft keine Beeinträchtigung englischer Interessen zur Folge haben brauche, da die Abnahme des Absatzes gewisser Artikel in der Folgezeit aufgehoben werde durch die vermehrte Nachfrage nach qualitativ höheren Waren als Folgeerscheinung einer vermehrten Kaufkraft Indiens. Überdies bietet die Entwicklung britischen Finanzleuten und Industriellen einen weiten Spielraum für aktive Beteiligung bei den Neugründungen. Ainscough ist der Ansicht, daß das Programm „Indien für die Inder“ auf industriellem wie politischem Gebiet der Ausdruck eines natürlichen und berechtigten Strebens ist. Er rät den britischen Industriellen, die sich an dem Aufbau der Industrie in Indien beteiligen wollen, indisches Kapital heranzuziehen, um auf diese Weise die unter heutigen Verhältnissen unentbehrliche Zusammenarbeit mit den Eingeborenen zu ermöglichen. Ainscough hält eine vollständige Umformung der Methoden britischer

Vertretung in Indien für unbedingt erforderlich. Die britischen Fabrikanten müßten ein tätigeres Interesse an der Verteilung ihrer Produkte in Indien als bisher nehmen und eigene Büros in Indien unter Leitung erfahrener Kaufleute und Ingenieure eröffnen; große Unternehmungen bedürften sogar eines Stammes erfahrener Angestellten. *M. K.*

Mexiko

Versöhnungspolitik der provisorischen Regierung — Die Pazifizierung des Landes — Verminderung und Reorganisation des Heeres — Arbeiterfragen, Streiks usw. — Freihäfen

Die guten Auspizien, unter denen die interimistische Regierung de la Huertas ins Geschirr trat (s. „W.-D." Nr. 28), sind erfreulicherweise nicht, wie im allgemeinen in lateinamerikanischen Ländern üblich, nur Schall und Rauch geblieben. Man kann der neuen Regierung die ernsthaftesten Bestrebungen, das Land geordneten und wirtschaftlich wiederauflebenden Zeiten zuführen zu wollen, nicht absprechen. Es wäre allerdings falsch, dies so aufzufassen, als ob nun mit einem Schlage die Begleiterscheinungen der chronischen, aussaugenden Revolutionen spurlos beseitigt seien. Es wäre auch unbillig zu verlangen, nach wenigen Monaten das Land wieder im Besitz der vor-revolutionären Bewegungsfreiheit sehen zu wollen. Leute, die nicht mit der Zeit schreiten und gerade jetzt wieder mit Vorliebe Parallelen zu Porfirio Diaz ziehen wollen, mit der versteckten Andeutung, daß es jenem „Energie-Präsidenten" keine Schwierigkeiten bereitet hätte, binnen kurzem die guten alten Glanzzeiten heraufzubeschwören, — vergessen die einschneidenden Umwandlungen, welche die Volkspsyche als sogenannten Erfolg der Revolution durchmachte; sie vergessen, daß die poririanischen, fast zaristischen Regierungsmethoden, die ja allerdings zu jener Zeit Handel und Wandel (und besonders den ausländischen) mächtig förderten und auch den Zeitverhältnissen entsprachen, heute in einem durch maderistische und carranzistische Dogmen (ganz zu schweigen von den Einflüssen von auswärts, die doch gegenwärtig in fast allen Ländern ähnliche Tendenzen aufweisen) durchsetzten Volk ihre Lebenskraft verloren haben. Sie vergessen oder wollen nicht sehen, daß die Entwickelung und die gewaltigen Umwälzungen der letzten zehn Jahre jedem noch so gut gemeinten Vergleich die Grundlage nehmen. Vom unparteiischen Standpunkt aus ist das Nörgeln gewisser mexikanischer Kreise, die selbst den heutigen Forderungen am allerwenigsten gewachsen sind, streng zu verurteilen. Man kann auch schon das Nachlassen dieser Stimmungen bemerken.

Überhaupt stößt die Regierung auf weit weniger allgemeinen Widerstand in den höheren Gesellschaftsschichten als die Carranza-Verwaltung. Obgleich aus den gleichen Revolutionsprinzipien hervorgegangen, wie ihre Vorgänger — was ohne weiteres die Feindschaft der Rechtsstehenden bedeuten sollte — ist die Taktik der neuen Männer eine andere. An Stelle des starren Festhaltens an dem Revolutionsprogramm in seinen nationalen und sozialen Forderungen ist man heute geneigt, kleine Konzessionen zu machen, d. h. bis jetzt nur in innerpolitischen Fragen. Dies mag mit gewissem Recht als Schwäche ausgelegt werden; allein es muß eine derartige Politik, die die friedliche Versöhnung der Besitzenden und der Arbeitermassen bezweckt und die die Interessen eines jeden Standes dem Ganzen einfügen möchte, als durchaus geschickt und den nicht wegzuleugnenden sozialen Strömungen gegenüber als richtig bezeichnet werden. Um den Widerstand der Anhänger von Diaz, also der alten angesehenen Familien, zu brechen, hat man eine allgemeine Amnestie für die im Exil lebenden Mexikaner erlassen. Ferner hat man sogar Vertreter dieser Elemente ins Ministerium berufen. Letzteres natürlich mit Vorsicht und mit gewissen Grenzen; ist doch andererseits die Mehrheit der Portefeuilles mit Anhängern der legitimen Revolutionsparteien besetzt worden. Diese Versöhnungspolitik hat nun die Regierung mit Erfolg in einigen ihrer hauptsächlichsten Probleme verfolgt.

Man erinnert sich, daß nach dem Staatsstreich im Mai, der die jetzigen Machthaber ins Amt brachte, der günstige Moment, dem recht verbreiteten Banditenwesen ein Ende zu machen, ausgenutzt wurde. So wurden innerhalb einiger Wochen etwa 75% der Rebellen auf gütlichem Wege, d. h. durch Verhandlungen, ausgemerzt. Als besonders glücklich muß das Abkommen mit dem berüchtigten Banditenführer Villa bezeichnet werden, nach welchem er selbst sich in das Privatleben zurückzuziehen hatte, seine gesamten Mannschaften aber gegen Entschädigung von sechs Monaten Sold entwaffnet wurden. Villa war seit Jahren der Schrecken des Nordens gewesen. Das Wirtschaftsleben der Staaten Chihuahua, Durango und Coahuila lag dadurch vollkommen brach und erst seit kurzem beginnen auch diese Staaten wieder aufzuleben. Eine in Monterrey ausgebrochene Gegenrevolution konnte im Keime erstickt werden. Die Gehorsamsverweigerung des Gouverneurs von Nieder Kalifornien, Cantu, mit allen Verzwickungen politischer Natur, verlief ebenfalls im Sande. Als letzter Akt der glücklich durchgeführten Vernichtung des Rebellenwesens muß die in diesen Tagen erfolgte Übergabe des Haupträdelsführers im Staate Chiapas angesehen werden.

Es ist äußerst wichtig für Mexiko, daß die vielgeschmähte Pazifizierung des Landes, die von der verflossenen Regierung trotz verzweifelter Anstrengungen nicht bewerkstelligt werden konnte, jetzt zur Tatsache geworden ist. Dadurch ist der Kern zu einem ökonomischen Wiederaufbau ohne weiteres gegeben.

Hand in Hand mit der Pazifizierung geht die Verminderung des Heeres. Laut offiziellen Erklärungen des Kriegsministeriums wurden bis Anfang Oktober ca. 40 000 Mann entlassen. Der aktive Bestand der Armee sollte zu genanntem Zeitpunkt etwa 100 000 Mann betragen, jedoch steht eine weitere allmähliche Verminderung bevor (man spricht von einem schließlichen Bestand von 50 000). Die durch Wiederkehr der Ruhe im Lande bedingte Reduktion des Heeres verspricht für die Zukunft die langersehnte Entlastung des Budgets des Kriegsministeriums. Leider kommt die Entbürdung noch nicht dem nächstjährigen Anschlag zugute; derselbe beläuft sich immer noch auf die unverhältnismäßig hohe Ziffer von ca. 130 Mill. Pesos mexikan. Gold. Es verlautet, daß die entlassenen Truppen jeweilig zwei Monate Sold bekommen, und daß diese außergewöhnlichen Ausgaben den vorliegenden Voranschlag so stark anwachsen ließen. Es wird ferner betont, daß bei normaler Weiterentwicklung der Dinge sich die Ausgaben bereits im zweiten Halbjahr 1921 erheblich reduzieren und sich später auf eine gesunde Basis einstellen werden.

Vergegenwärtigt man sich die in den letzten Jahren hier übliche Praxis, daß scharf angefaßte Offiziere (etwa infolge nicht gewünschter Verordnungen, die sie und ihre Mannschaften in ihren Vollmachten beschränkten oder diese gar entließen) mit ihren Truppenteilen in die Berge zogen und sich der Rebellion anschlossen, so wird man die Umsicht der

Regierung anerkennen müssen, die bei Massenentlassungen, allerdings unter finanziellen Opfern, revolutionäre Erhebungen stets vermieden hat. Dazu handelte es sich oft um zweifelhafte Truppenteile, die sich erst kurz vorher der neuen Regierung angeschlossen hatten.

Das Seitenstück zur Einschränkung des Heeres ist seine vom Kriegsministerium geplante Reorganisation. Diese bezieht sich besonders auf das Offizierkorps, welches teilweise aus recht minderwertigen Elementen besteht. Es bleibt abzuwarten, wie weit diese Absicht durchgeführt wird. Kriegsminister Calles ist jedenfalls der richtige Mann, einmal gehörig auszukehren, jedoch können die leidigen politischen und gesellschaftlichen Kompromisse ihm eventuell seine guten Absichten arg beschneiden. Es muß hier gleich bemerkt werden, daß der erwählte neue Präsident, Obregón, welcher sein Amt am 1. 12. antritt, für die durch Calles in seinem Ressort eingeleiteten Reformen besonders eintreten dürfte, da er allgemein als forscher Soldat bekannt ist, der gerade in diesen Dingen nicht mit sich spaßen läßt. Bleibt Calles auch unter Obregón Kriegsminister, so dürften gute Erfolge zu erwarten sein.

Politische Streiks größeren Stils sind heute wohl fast in der ganzen Welt zu verzeichnen. Man wundert sich fast nicht mehr darüber, und um so weniger hier, da doch die jahrelang gepredigten und ausgeübten links-demokratischen Carranza-Prinzipien das Proletariat geradezu zu einer Neuordnung der Verhältnisse aufstachelten. Die geschicktesten Regierungen haben in dieser Frage, schon aus Selbsterhaltungstrieb, ihre besten Männer zwecks befriedigender gütlicher Schlichtung ins Feld geschickt. Was jene Regierungen (ich erinnere beispielsweise an Italien) als den einzig staatserhaltenden Weg erkannten, spiegelt sich auch hier wieder. Folglich darf auch, was jenen Männern, wenn auch oft wider Willen, als Verdienst ausgelegt wurde, hier nicht, wie es geschieht, als verdammenswürdig angesehen werden.

Stauer, Hafen-, Textil- und Eisenbahnarbeiter (am wenigsten Feldarbeiter) streiken umschichtig oder gar gemeinsam. Daß Handel und besonders Industrie schwer dadurch betroffen sind, liegt auf der Hand. In Streiks von längerer Dauer, bei denen die Regierung um Intervention gebeten wurde, hat sie bisher dank ihrem rechtlichen und guten Willen verratenden Eingreifen stets günstige Resultate zu verzeichnen gehabt, was vielleicht nicht zum mindesten der persönlichen allgemeinen Beliebtheit des Präsidenten Huerta zuzuschreiben ist. Am empfindlichsten machen sich wohl die recht häufigen Streiks der Hafenarbeiter in Veracruz und Tampico bemerkbar. Import und Export sind dadurch enorm geschädigt worden.

Das Arbeitsdepartement des Ministeriums für Handel und Industrie gab folgende anschauliche, wenn auch unvollständige, Tabelle über die im ersten Halbjahr 1920 stattgehabten Streiks heraus:

Es sind 25 größere Streiks zu verzeichnen, an welchen 11 439 Arbeiter beteiligt waren. Der dadurch entstandene Schaden beträgt 386 000 $ für die Industriellen und 177 000 $ mexikan. Gold für die Arbeiter. 17 der Streiks wurden wegen Lohnzuschuß und wegen Verlangen nach Anerkennung der Gewerkschaften geführt. Zwei Streiks waren lediglich Sympathiestreiks, und die restlichen sechs hatten verschiedene Gründe. Interessant ist noch, daß 15 der erwähnten Streiks die Textilindustrie betrafen.

Die Umsturzgefahr, welche Schwarzseher in der Kette von Streiks wittern oder gar in einer angeblich zu wohlwollenden Haltung der Regierung, die auf ein Zusammengehen mit den vermeintlichen Bolschewisten schließen lasse, ist meiner Ansicht nach unbegründet, schon allein wegen der verhältnismäßig geringen Arbeitermenge (die Feldarbeiter können nicht dazu gerechnet werden, da sie über das ganze Land zerstreut, unaufgeklärt und im allgemeinen friedlich gesinnt sind). Die Macht der Arbeiter ist infolgedessen lange nicht so zu fürchten wie anderswo.

Das in Mexiko stets angefeindete Finanzministerium brachte vor kurzem ein Projekt über Errichtung von Freihäfen an der Westküste und am Atlantischen Ozean ein. Die Presse beschäftigte sich eingehend damit, brachte Urteile maßgebender Körperschaften, Industrieller und Kaufleute und es entspannen sich lebhafte Diskussionen für und wider, in denen im Ministerium mancherlei wertvolles Material zusammengetragen wurde. Allein, wie oft bei neuen Dingen, die der öffentlichen Meinung preisgegeben werden, waren die Ansichten so geteilt, daß ein klares unparteiisches Urteil noch nicht gefällt werden kann. Die Häfen Puerto Mexico, Salina Cruz und Guaymas sollen dem Gesetzentwurf zufolge als Freihäfen fungieren. Vorgeschwebt hat, wie offen erklärt wird, das gute Resultat des Hamburger Freihafens. Man glaubt, den genannten Häfen und indirekt der Wirtschaft des ganzen Landes dadurch neue Impulse verleihen zu können. Ob diese Rechnung stimmt, läßt sich bei den hiesigen besonderen Verhältnissen unmöglich voraussagen. Ist einerseits die Möglichkeit gegeben, Waren in transit zollfrei von der West- nach der Ostküste und umgekehrt zu schaffen, was bei günstigen Frachtraten und einem erstklassigen Betrieb der Isthmusbahn (Puerto Mexico-Salina Cruz) eine wirkliche Konkurrenz des Panamakanals bedeuten würde so ist andererseits schwer zu sagen, ob die neuen Freihäfen die erwartete größere Anziehungskraft auf Verlader aller Länder ausüben und ob tatsächlich große Mengen von Waren den Freihäfen-Lagerhäusern zugeführt werden, sei es als Durchgangsgut, sei es gegebenenfalls zur Einfuhr. Interessant ist das Projekt zweifellos; seine Folgen und Ausdehnungen sind jedoch heute noch unübersehbar. Zu erwähnen ist noch, daß gleichzeitig mit den Freihäfen schmale Freizonen längs der amerikanischen Grenze errichtet werden sollen. In den so geschaffenen Gebieten sollen eingeführte Waren abgabefrei in den Verbrauch kommen. Auch hier wird die Praxis lehren, ob damit ein guter Griff getan ist.

Mexico, D. F./Anfang November 1920. *J. Riebesell*

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

		Hamburg 14. 12. ℳ	Berlin 14. 12. ℳ	Amsterdam 14. 12. fl	Zürich 14. 12. fr
Amsterdam	100 fl	2310,—	2300,65	—,—	199,10
Barcelona	100 Pesetas	962,50	979,—	42,25	84,50
Berlin	100 ℳ	—,—	—,—	4,32½	8.60
Brüssel	100 fr	463,50	459 50	19,90	39,80
Budapest	100 K	13,50	13,23	—,—	—,—
Buenos Aires	100 Pesos	—,—	—,—	—,—	230,—
Helsingfors	100 FM	165,—	167,30	—,—	—,—
Kopenhagen	100 Kr	1107,50	1111,35	48,20	94,—

		Hamburg 14. 12. ℳ	Berlin 14. 12. ℳ	Amsterdam 14. 12. fl	Zürich 14. 12. fr
Kristiania	100 Kr	1090,—	1088,90	47,15	93,—
London	1 £	260,—	260,20	11.25	22,47
Madrid	100 Pesetas	962,50	979,—	42,25	84,50
New York	1 $	75,—	75,29½	3,25	6,50
Paris	100 fr	436,50	435,55	18,82½	37,65
Prag	100 K	83,50	83,52½	—,—	7,25
Rom	100 Lire	260,—	256,20	11,25	22,35
Stockholm	100 Kr	1448,75	1453,50	63,10	125,50
Wien	100 K neu	19,75	19,35½	0,82½	1,65
Zürich	100 fr	1167,50	1160,30	50,30	—,—

		Wien 13. 12. K	Prag 13. 12. K	Paris 13. 12. fr	London 10. 12. *)	New York 11. 12. $
Amsterdam.	100 fl	18850,—	—,—	526,—	11,30	—,—
Berlin	100 ℳ	837,—	119,25	23,—	256,—	1,34
Kopenhagen	100 Kr	8975,—	—,—	—,—	—,—	—,—
London	1 £	—,—	—,—	59,22	—,—	3,40½ 60 Tg.
New York ..	1 $	—,—	—,—	17,17	3,45,85	—,—
Paris	100 fr	—,—	—,—	—,—	58,75	5,85
Wien	100 K	—,—	14,30	—,—	—,—	—,—
Zürich	100 fr	9500,—	—,—	264,50	22,28	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd. 14. 12.	Zürich 14. 12.	Kopenh. 14. 12.	Stockh. 14. 12.	Wien 13. 12.
Reichsmark	−92,71	−93,04	−89,60	−92,18	+615,39
Dt. österr. Krone	−98.37	−98,43	—	—	—
Französ. Frank.	−60 79	−62,35	−45,83	−58,13	—
Pfund Sterling .	— 7,10	−10,90	+ 2,75	— 0,17	—
Dollar	+31,10	+25,48	+79,82	+38,61	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	4. 12.	11. 12.
Alexandrien.....	97 7/16 d pari	97 7/16 d pari
Bombay/Kalkutta.....	1 s 5½ d—1 s 5¾ d	1 s 4 3/4 d—1 s 4 7/8 d
Hongkong	3 s 4¼ d— 3 s 5⅛ d	2 - 11 d—2 s 11½ d
Schanghai	4 s 4½ d—4 s 5¾ d	3 s 10½ d—3 s 11¼ d
Singapore	2 s 3 21/32 d—2 s 3 31/32 d	2 s 3 21/32 d—2 s 3 31/32 d
Yokohama	2 s 10½ d—3 s 10⅝ d	2 s 10¼ d—2 s 10⅝ d
Montevideo T. T.....	53¾ d—54 d	55¾ d—56¾ d
Rio de Janeiro	11½ d	11 5/16 d
Buenos Aires T. T.....	—	55⅝ – 55 7/8 d
Valparaiso 90 T.....	—	10 1/32 d

Die Notenbanken im November

Deutsche Reichsbank
(in 1000 ℳ)

	Metallbestand	davon Gold	Reichs- u. Darlehns-Kassenscheine	Noten anderer Banken
7. 11. 20	1 098 370	1 091 658	20 160 071	1620
15 11 20	1 098 504	1 091 653	20 812 620	2167
23. 11. 20	1 098 709	1 091 653	19.953 307	2533
30 11. 20	1 097 935	1 091 648	20 362 563	1693
Monatlicher Durchschnitt Nov. 1920.	1 098 380	1 091 653	20 322 140	2003
gegen Vormonat	— 164	— 5	— 169 875	+ 198

	Wechsel u. Schatzanweisungen	Lombard-Darlehen	Effekten-Bestand	Sonstige Aktiva
7. 11 20	49 779 073	9 119	226 971	11 184 879
15. 11 20	52 558 944	13 675	229 270	10 826 995
23 11 20	49 782 289	24 639	220 723	10 426 712
30. 11 20	55 574 647	13 753	212 057	10 104 877
Monatlicher Durchschnitt Nov. 1920.	51 923 738	15 297	229 021	10 635 866
gegen Vormonat	+1 388 285	+ 1 259	— 2.234	+ 21 644

	Noten-umlauf	Giro-Verbindlichkeiten	Sonstige Passiva	Umlauf der Darlehens-Kassenscheine
7. 11. 20	63 600 113	13 292 389	5 283 343	12 906,1 Mill.
15. 11. 20	63 104 938	16 697 864	5 455 115	12 646,1 „
23. 11. 20	62 592 893	13 107 372	5 524 389	12 382,9 „
30. 11. 20	64 284 419	17 339 931	5 458 917	12 370,4 „
Monatlicher Durchschnitt Nov. 1920.	63 145 591	15 109 389	5 430 441	12 576,4 „
gegen Vormonat	+ 678 140	— 139 305	+ 164 901	— 544,6 „

Bank von England
(in 1000 £)

	Barvorrat	Portefeuille	Regierungs-Sicherheiten	Notenumlauf	Guthaben d. Privaten
3. 11. 20	123 146	73 871	63 973	128 438	115 135
10. 11. 20	123 477	73 222	62 701	127 848	112 470
17. 11. 20	123 719	75 166	63 786	127 569	116 279
24. 11. 20	124 113	74 107	52 401	127 965	105 315

	Guthaben des Staatsschatzes	Notenreserve	Gesamtreserve an Gold und Noten	Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichk.
3. 11. 20	18 143	11 691	13 158	9,88 %
10. 11. 20	19 816	12 342	14 079	10,63 „
17. 11 20	19 509	12 852	14 600	10,75 „
24. 11. 20	17 989	12 815	14 598	11,88 „

Currency Notes

	Umlauf	Golddeckung	Regierungs-Sicherheiten
3. 11. 20	352 955	28 500	324 701
10. 11. 20	351 097	28 500	322 977
17. 11. 20	347 479	28 500	319 314
24. 11. 20	346 377	28 500	318 461

Bank von Frankreich
(in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Guthaben beim amer. Staatsschatz	Auslands-Guthaben
4. 11. 20	3538	1948	264	—	658
11. 11. 20	3540	1948	271	—	661
18. 11. 20	3542	1948	270	—	601
25. 11. 20	3543	1948	265	—	599

	Wechsel vom Moratorium nicht betr.	gestundete Wechsel	Vorschüsse auf Wertpapiere	Vorschüsse an den Staat	Vorschüsse an Private
4. 11. 20	3650	453	2050	26 800	—
11. 11. 20	3202	446	2094	26 800	—
18. 11. 20	3227	437	2055	26 800	—
25. 11. 20	3280	428	2018	26 800	—

	Vorschüsse a. d. Verbündeten	Noten-umlauf	Staats-guthaben	Privat-guthaben
4. 11. 20	3950	39 646	30	3636
11. 11. 20	3960	39 619	55	3606
18. 11 20	3960	39 256	37	3804
25. 11. 20	3965	38 807	287	3648

Geldverfassung und Währungspolitik

Die englischen Ausfuhrbeschränkungen für Silber sind aufgehoben, doch bleibt das Verbot der Ausfuhr von englischen Silbermünzen bestehen. („Times", Nr. 42 579 v. 27. 11. 20.)

Die bisherigen Kontrollvorschriften über den Devisenhandel in Portugal sind außer Kraft gesetzt worden. In Zukunft ist keine besondere Erlaubnis für den Ankauf von Devisen erforderlich. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 282 v. 11 12 20.)

Durch königliches Dekret vom 7. 10. wurde die Bank von Spanien ermächtigt, über den bisher gesetzlich zulässigen Betrag von 4500 Mill. hinaus weitere 500 Mill. Pesetas Noten auszugeben. Nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen mußte eine Neuausgabe von Noten voll in Gold gedeckt sein. Während vor dem 5. 8. 14 einem Notenbetrag von 2000 Mill. Pesetas eine Metallreserve von 543 Mill. Gold und 730 Mill. Silber gegenübergestanden hatte, bei einem gesetzlichen Deckungsverhältnis von 28,5 % Gold und 18 % Silber, belief sich infolge der Forderung erhöhter Deckung bei einem Notenumlauf von 4046 Mill. Pesetas Ende September d. J. der Goldbestand auf 2448 Mill. und der Silberbestand auf 594 Mill. Da die Erhöhung der Goldreserve durch Ankauf von Gold große Opfer erfordert hätte, hat man die Ausgabe der Noten im Betrage von 500 Mill. zugelassen, ohne eine gleiche Erhöhung der Metallreserve zu verlangen. Das Dekret vom 7. 10. fordert vielmehr für die umlaufenden Noten bis zu 2000 Mill. eine Deckung von 28,5 % in Gold und 18 % in Silber, von 2000 bis 5000 Mill. eine Deckung von 60 % in Gold und 10 % in Silber. („Ind.- u. Handelsztg.", Nr. 279 v. 8. 12. 20.)

Die tschechische Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Regelung des Kronenkurses eingereicht. Danach soll ein bestimmter Teil vom Erlöse des ausgeführten Zuckers zur Bildung eines Valutareservefonds verwendet werden, der stets auf der gleichen Höhe gehalten werden und zur Kursstabilisierung dienen soll. Der Reservefonds soll die Kursspekulationen unmöglich machen, und gleichzeitig soll die Valuta so festgesetzt werden, daß ein Wettbewerb mit dem Ausland möglich bleibt. Da die Zuckerernte in diesem Jahr sehr reichlich ist, hofft man genügende Mittel für diesen Zweck zu erhalten. („Handelsberichten", Nr. 716 v. 2. 12. 20.)

Staatsanleihen

Nach der Übersicht über die Finanzgebarung des Reichs vom 21.—30. 11. veränderte sich die Schuld des Deutschen Reichs folgendermaßen (in Mill ℳ):

	20.11.–30.11.	11.11.—20.11.	1.4.—30 11.
Gesamte Einnahmen.....	1 578	3 094	70 947
Davon aus schweb. Schuld	699	2 412	55 982
„ „ fundierter „	7	—	
Gesamte Ausgaben	1 578	3 093	70 947
Davon f. fundierte Schuld.	—	0,7	102
„ Schuldzinsen für die schwebende Schuld	214	98	5 438
Davon Schuldzinsen für die fundierte Schuld	--	14	

Am 20. 11. betrug die schwebende Schuld an diskontierten Schatzanweisungen 146 757 Mill. Bis zum 30. 11. traten hinzu 19 793 Mill. und gingen ab 19 094 Mill. Die Zunahme betrug also 698 Mill. gegen 2412 Mill. in der Zeit vom 11.—20. 11. Ende November beliefen sich die diskontierten Schatzanweisungen auf 147 455 Mill. („Reichsanz.", Nr. 277 v. 6. 12. 20.)

Die Vorschüsse, die England im Laufe des Jahres 1920 an Italien gewährte, belaufen sich auf 111 000 £ und dienen zur Begleichung von Kriegslieferungen. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 282 v. 11. 12. 20.)

Die jugoslawische Regierung hat mit einer schweizer Finanzgruppe eine Anleihe von 500 Mill. schweizer fr abgeschlossen, deren Ertrag zur Unterstützung kultureller Einrichtungen in Jugoslawien verwendet werden soll. Reicht der Betrag nicht aus, so kann die Anleihe erhöht werden. Die Rückerstattung erfolgt innerhalb fünf Jahren. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 282 v. 11. 12. 20.)

Die portugiesische Regierung wurde ermächtigt, bei einer einheimischen Bank oder der Caixa Geral de Depositis eine Anleihe von 8 Mill. Milreis aufzunehmen. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 282 v. 11. 12. 20.)

Innerhalb der nächsten 17 Jahre hat Kanada einen Betrag von 2127 Mill. $ auf fällige Anleihen zurückzuzahlen. Hiervon entfallen 1976 Mill. auf Anleihen, die in Kanada selbst begeben worden sind und sich zum größten Teil in kanadischem Besitz befinden. Der Rest von 150 Mill. stellt den Kapitalbetrag der in New York aufgenommenen Anleihen dar. Der jährliche Schuldendienst wird für die nächsten 17 Jahre im Durchschnitt 250 Mill. $ erfordern. („Financial News", Nr. 11 136 v. 2. 12. 20.)

Die Staatsschuld Mexikos betrug am 1. 8. 20 425 Mill. Pesos, und zwar 330 Mill. Kapitalschulden und 95 Mill. Zinsrückstände. Im einzelnen entfallen (in Mill. Pesos) auf:

	Kapital	Zinsen
Äußere Schuld	173,5	51,5
Innere „	66,1	19,1
Industrieobligationen mit Staatsgarantien	32,2	10,1
Eisenbahn „ „ „	57,7	14,4

Diese Verpflichtungen belasten den Staatsschatz jährlich mit 15,9 Mill. Pesos. („Lateinamerika", Nr. 10.)

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich auf Vorschlag des amerikanischen Finanzkontrolleurs der Republik Haiti entschlossen, die Ausgabe einer haitischen Anleihe im Betrage von 15 Mill. $ zu genehmigen. Die Anleihe soll zur Rückzahlung der Auslandsschuld Haitis verwendet werden. Es handelt sich um ungefähr 75 Mill. fr französischer Anlagen in haitischen Papieren, die infolge des Valutastandes günstig abgelöst werden können. („Lateinamerikanischer Zeitungsdienst", Nr. 93 v. 4. 12. 20.)

Schiffahrt und Schiffbau

England

Wachsen der Betriebskosten in der Schiffahrt. Von der britischen Chamber of Shipping ist eine Untersuchung über das Wachsen der Betriebskosten der englischen Schiffe im Küsten- und Überseedienst angestellt worden. Sie hat ergeben, daß sich diese Kosten im Vergleich mit ihrem Vorkriegsstand, wie folgt erhöht haben:

	Küstendienst	Überseedienst
Bunkerkohlen	327%	473%
Ausrüstungsgegenst. f. Deck u. Maschine	163 „	326 „
Heuern	184 „	233 „
Hafenabgaben	102 „	190 „
Versicherungen	131 „	321 „
Reparaturen und Ergänzungen	193 „	358 „

A. K.

Vereinigte Staaten

Heuersätze auf amerikanischen, britischen, japanischen und norwegischen Frachtdampfern. Ergänzend zu den in der vorigen Nummer des „W.-D." mitgeteilten Angaben über „die höheren Mannschaftskosten der amerikanischen Schiffe" geben wir im folgenden eine vergleichende Aufstellung der Monatsheuern der einzelnen Chargen eines 8800-t-Frachtdampfers unter amerikanischer, britischer, japanischer und norwegischer Flagge. Die Heuersätze sind in Dollars zu normaler Währung (1 £ = 4,86 $, 1 Kr = 0,26 $ und 1 Yen = 0,50 $) berechnet.

	amerikanisch		britisch		japanisch		norwegisch	
Deck	Zahl	Heuer $	Zahl	Heuer $	Zahl	Heuer $	Zahl	Heuer $
Kapitän	1	357,50	1	258	1	255	1	268
I. Offizier	1	228,75	1	165	1	148	1	195
II. „	1	200,—	1	129	1	110	1	143
III. „	1	176,25	1	109	1	98	1	104
Quartermeister	—	—	—	—	3	38	1	—
Zimmermann	1	100,—	1	83	1	35	1	78
Bootsmann	1	95,—	1	78	1	50	1	78
Vollmatrose	7	85,—	10	70	6	31	5	72
Matrose	3	65,—	2	44	6	30,50	5	44
Junge	—	—	—	—	—	—	1	29
Maschine								
Leit. Ingenieur	1	332,50	1	233	1	220	1	221
I. „	1	228,75	1	165	1	138	1	182
II. „	1	200,—	1	124	1	105	1	143
III. „	1	176,25	1	109	1	98	1	104
Deck „	1	100,—	1	78	1	58	—	—
Lagerverwalter	1	95,—	1	78	1	58	—	—
Öler	3	95,—	3	75	6	48	—	—
Heizer	9	90,—	8	73	12	32	11	73
Trimmer	6	75,—	4	70	8	25	4	49
Junge	—	—	—	—	—	—	1	23
Verpflegung								
Obersteward	1	135,—	1	97	1	35	1	150
Oberkoch	1	115,—	1	92	1	26	1	52
II. Koch	1	100,—	1	73	1	20	—	—
Kochsmaat	1	70,—	1	68	—	—	—	—
Stewards	2	70,—	1	67	3	20	—	—
Messejungen	2	65,—	1	41	—	—	1	23

Bei Zugrundelegung des gegenwärtigen Valutastandes würden die Heuersätze der britischen und skandinavischen Mannschaft erheblich an Wert einbüßen, denn 1 £ ist zurzeit nur gleich 3,40 $ und 1 Kr gleich 0,14 $. *A. K.*

Amerikanische Einwanderungsgesetzgebung. Die insbesondere von den amerikanischen Unions ausgehenden Bestrebungen zur Verschärfung der amerikanischen Einwanderungsgesetze finden ihren Niederschlag in mehreren Gesetzentwürfen, die den Kongreß nach seinem Wiederzusammentritt beschäftigen werden. Wie der Commissioner of Immigration, Mr. Wallis, in einer Rede vor dem National Industrial Council kürzlich mitteilte, liegt unter anderem ein Entwurf vor, der die Einwanderung auf Blutsverwandte der bereits im Lande Befindlichen beschränken will; ein anderer Entwurf fordert die Beschränkung der Einwanderung auf 1 % der gesamten fremden Bevölkerung des Landes, und ein dritter endlich will die Einwanderung für eine Reihe von Jahren gänzlich verbieten. Der Commissioner of Immigration ist der Ansicht, daß während der nächsten 6 Jahre etwa 10 Millionen Einwanderer aus Deutschland, Holland und Italien allein zu erwarten seien. Er fordert strengere Einwanderungsgesetze und eine bessere Behandlung der zugelassenen Einwanderer mit der Begründung, daß andernfalls in den größeren Städten sehr bald eine Zunahme der Gewalttätigkeiten und Verbrechen eintreten würde.

Der Gesetzentwurf, der die Einwanderung auf Blutsverwandte bereits naturalisierter amerikanischer Bürger beschränken will, geht aus von Senator Johnson, dem Vorsitzenden des Immigration Committee des Senats. Johnson glaubt, daß es möglich sein wird, den Entwurf trotz des Widerstandes, den er wahrscheinlich im Kongreß finden wird, in der kommenden kurzen Session zu verabschieden.

Beachtung verdient in diesem Zusammenhang ein weiterer Vorschlag, der vom Inter-Racial Council of New York ausgeht und eine Einwirkung des Staates auf die örtliche Verteilung der Eingewanderten fordert. Der einzelne Immigrant soll nicht mehr das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, sich dort niederzulassen, wo es ihm behagt, sondern der Staat soll ihn in der Frage seines künftigen Aufenthaltsortes beraten, ihm zeigen, wo Arbeitsgelegenheiten vorhanden sind und wo sie fehlen, und so eine der gesamten Nationalwirtschaft förderliche Verteilung der Zuziehenden erreichen. *A. K.*

Amerikas Kohlenverschiffungen nach Europa. Der europäische Kohlenmangel hat in den beiden letzten Jahren dazu geführt, daß amerikanische Kohle in recht beträchtlichen Mengen nach Europa verschifft worden ist. Während vor dem Kriege nur ganz geringe Quanten über den Ozean kamen — im Fiskaljahr 1914 (endend 30. 6.) etwa 923 000 Tonnen, die zumeist nach Italien gingen — sind im letzten Fiskaljahr 1919/20 von einem amerikanischen Gesamtexport von 22 976 000 Tonnen nicht weniger als 7 694 000 Tonnen, also ungefähr der dritte Teil, nach Europa ausgeführt worden. Ihre Verteilung auf die verschiedenen europäischen Länder ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Ausfuhr amerikanischer Kohle (in Tonnen) in den am 30. 6. endenden Fiskaljahren 1914 und 1920 nach:

	1913/14	1919/20		1913/14	191/20
Azoren und Madeira	5	53 702	Polen	—	6 762
Belgien	—	128 461	Portugal	50	90 359
Dänemark	—	272 956	Rumänien	—	518
Deutschland	5 120	33 767	Rußland (europ.)	—	6 470
Frankreich	47 322	1 419 000	Spanien	42 875	78 594
Gibraltar	11 280	44 625	Schweden	—	478 344
Griechenld.	—	127 698	Schweiz	—	826 073
Island	—	5 549	Türkei (europ.)	—	25 197
Italien	776 422	2 862 773	England und Schottland	20	34 139
Niederlande	202	1 380 071			
Norwegen	—	300 954			
Österreich	39 952	8 561	Zusammen	923 261	7 691 296

Der hauptsächlichste Empfänger war Italien, ihm folgten Frankreich und Holland. Deutschland ist mit einer Menge von 34 000 Tonnen vertreten.

Der Umfang dieses transozeanischen Exports ist um so bemerkenswerter, als für einen Teil des letzten Fiskaljahres die Ausfuhr der amerikanischen Kohle durch Streiks und Regierungskontrolle fast gänzlich lahmgelegt war. Der am 1. 11. 19 einsetzende, bis Dezember dauernde Streik der Kohlenarbeiter in Virginia, Kentucky, Tennessee und Alabama bewirkte, daß die Regierung die Kontrolle über die Verteilung, die sie am 1. 4. 19 aufgegeben hatte, wieder aufnahm und die Ausfuhr von der Erlaubnis des Export Control Committee abhängig machte, die nur in allerdringlichsten Fällen gewährt wurde. In dem Zeitraum November 1919 bis März 1920 konnten infolgedessen nur geringe Mengen verschifft werden. Seit dann die Ausfuhrkontrolle wieder aufhörte, ist der Export rasch gestiegen. In den Monaten April bis Juni 1920 ist der größere Teil der für das Fiskaljahr ausgewiesenen Gesamtmenge nach Europa befördert worden.

Die Preise der Ausfuhrkohle haben sich entsprechend der lebhaften Nachfrage außerordentlich erhöht. Sie stiegen in Hampton Roads von dem von der Regierung festgesetzten Preis von 6,50 $ je Tonne fob, der mit dem 31. 3. aufhörte, auf 23 $ im August. Seitdem sind sie infolge der wachsenden Produktion und der Verringerung der heimischen Nachfrage wieder zurückgegangen auf 10—11 $.

Seit Mitte Oktober ist auch — trotz des ermäßigten Preises und trotz eines beträchtlichen Sinkens der Frachtsätze — die Charterraten für Kohlentransporte nach Frankreich sind jetzt auf 8,50—9 $, nach Rotterdam auf 8,25—8,50 $, den niedrigsten Stand seit Ausbruch des Weltkrieges, gesunken — die europäische Nachfrage zurückgegangen. Dies wird in der Hauptsache auf drei Gründe zurückgeführt: einmal auf den ungünstigen Stand der Valuta der meisten europäischen Länder, zweitens auf die fortschreitenden Lieferungen deutscher Kohle nach Frankreich, das bisher einer der Hauptbezieher der amerikanischen Kohle war, und drittens auf den Einfluß gewisser Betriebseinschränkungen infolge von Aussperrungen in den hauptsächlichen Industrien Frankreichs, die den Brennstoffverbrauch verringert haben. Die amerikanischen Kohlenexporteure erhoffen jedoch von dem Eintritt des kälteren Wetters in Europa eine Wiederbelebung ihres Geschäftes.

Wie sich der künftige Preis der amerikanischen Kohle stellen wird, ist schwer zu sagen. Eine Verringerung der Produktionskosten infolge verbesserter Transportgelegenheit ist wahrscheinlich; ob sich aber ein Abbau des Lohnes der Kohlenarbeiter erreichen lassen wird, bleibt unsicher. Für 1921 geschlossene Lieferungskontrakte rechnen mit einem Preis von 8,50 $ je Tonne und mehr.

Amerika produziert gegenwärtig über 12 Mill. Tonnen wöchentlich, das ist etwa das 2½fache der gegenwärtigen britischen Förderung. Andererseits zeigt der heimische Bedarf einen scharfen Rückgang. Hält die Produktion in dem gegenwärtigen Umfange an, so ist, falls nicht die Ausfuhr wieder zunimmt, wohl mit einem weiteren Preisrückgang zu rechnen. Wie sich der amerikanische Export nach Europa künftig gestalten wird, dürfte in der Hauptsache von der Entwicklung der Valutaverhältnisse und den Förderergebnissen und Ausfuhrmengen der britischen Kohlenindustrie abhängen. *A. K.*

Schlechte Aussichten der amerikanischen Schiffahrt. Bezeichnend für die gegenwärtige Lage der amerikanischen Schiffahrt sind einige Mitteilungen, die der Präsident der U. S. Mail Steamship Co. kürzlich Vertretern der Presse gab. Danach hat die U. S. Mail St. Co., die bekanntlich unter andern auch einen regelmäßigen Passagier- und Frachtdienst nach Deutschland in Verbindung mit dem Norddeutschen Lloyd unterhält, Mitte Oktober ein ca. 20 000 t-Dampfer der Gesellschaft mit nur 8 Passagieren in der 1. Kajüte und 800 Frachttons Gütern aus New York abfahren lassen müssen. An eine Besserung der Lage sei infolge der großen Zahl von Liquidationen in den Vereinigten Staaten, durch die die Amerikaner von Reisen nach Europa zurückgehalten werden, nicht zu denken. Die amerikanischen Schiffe arbeiteten durchweg 40% teurer als die fremden. Die Einführung von Eisenbahn-Vorzugstarifen für auf amerikanischen Schiffen beförderte Güter würde wohl die Lage der amerikanischen Reedereien bessern können, aber diese Maßnahme sei nicht bloß von der Zustimmung des Schiffahrtsamtes, sondern auch der Interstate Commerce Commission abhängig und diese würde sich mit ihr, wie angenommen werden dürfte, keineswegs einverstanden erklären. Vielmehr sei der einheitliche Widerstand der Eisenbahnen vorauszusehen, da diese durch die niedrigeren Vorzugsraten benachteiligt würden. *A. K.*

Westafrika

Neue Schiffahrtslinien. Die Compagnie Belge Maritime du Congo wird Anfang des Jahres ihren neuen 8000 t-Doppelschraubendampfer „Elisabethville“ expedieren, der auf der Werft Cockerill, Hoboken-Antwerpen in Bau ist, und dem im Mai oder Juni das Schwesterschiff „Thysville“ folgen wird. Die Schiffe haben eine Geschwindigkeit von 16—17 Knoten in der Stunde und Raum für 100 I.-Klasse-Passagiere.

Die Holland-Westafrika Linie hat die Eröffnung ihres Frachtdampferdienstes bis zum Januar kommenden Jahres zurückgestellt. *P. W.*

Vermischtes

Rohkapok. Herr Direktor Cantzler, Potsdam, schreibt uns: „Der Vorrat an Rohkapok in Amsterdam am 1. 12. 20 betrug 4674 Pack; der Preis ist gegenüber dem Vormonat heraufgegangen auf 54—55 cts für beste Ware. Gegenüber dem Preis in Friedenszeiten ist ein Unterschied von etwa 15 cts je ½ kg zu verzeichnen, der Preis wäre daher auch in Deutschland um etwa ¼ höher anzusetzen als in Friedenszeiten. Die traurigen Kursverhältnisse der deutschen Mark bewirken es jedoch, daß dies Rohmaterial heute franko deutscher Hafenstation auf einer Basis von etwa 15 ℳ je ½ kg gehandelt werden muß. Es bedeutet das eine etwa fünfzehnfache Verteuerung gegenüber dem Friedenspreis, was außer auf den schlechten Kurs natürlich auch auf die unverhältnismäßig hohe Fracht in ungünstiger fremder Währung zurückzuführen ist. Dieses Exempel muß dem Ausland gegenüber kraß erweisen, unter wie außerordentlich ungünstigen Verhältnissen die Rohstoffeinfuhr hier in Deutschland vor sich geht. Kapokmengen sind überall genügend vorhanden. Man spricht sogar in englischen Blättern bereits von einer Überproduktion. Es muß dies bestritten werden. Jedoch könnte Deutschland allein das Mehrfache seines heutigen Importes gebrauchen, wenn der Kurs und die Einfuhrspesen günstiger wären. Es läßt sich, auch hieraus wieder klar ersehen, wie notwendig es im allgemeinen weltwirtschaftlichen Interesse wäre, wenn der Verbrauch der Rohstoffe nicht künstlich zurückgehalten würde. Mit Befriedigung kann vermerkt werden, daß neuerdings ein sehr brauchbarer Rohkapok in Französisch Indien produziert und von dort ausgeführt wird, der gute Aussichten hat, eine besondere Weltmarke zu werden. Auch die Bestrebungen süd- und mittelamerikanischer Staaten, die Kapokausfuhr nach Möglichkeit zu vermehren, sind zweifellos anerkennenswert.“

Verantwortlich für: Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Ausländische Volkswirtschaften: i. V. Dr. Hans von Eckardt; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.